

Aus der Region



Die einzigen 100-Tonnen-Fähren am Kanal wie hier die „Berlin“ verkehren in Brunsbüttel.

PÖSCHUS

Fähr-Konzept gefordert

Situation mit den beiden betagten 100-Tonnen-Schiffen sorgt in Brunsbüttel weiter für Ärger

BRUNSBÜTTEL Bis vor einigen Jahren setzten drei 100-Tonnen-Fähren Autos, Radler und Fußgänger zwischen der Brunsbütteler Nordseite und dem südlichen Stadtteil über den Nord-Ostsee-Kanal. Seit einer Havarie sind nur noch zwei im Einsatz – und wenn dann eine Fähre ausfällt, gibt es inzwischen nicht mal mehr in jedem Fall Ersatz durch eine kleine 45-Tonnen-Fähre. Eine Situation, die die Brunsbütteler nervt. Zu ändern sein wird an der Situation vorerst offenbar wenig. Der Bund plant derzeit den Neubau von drei kleinen Fähren – für den gesamten Kanal. Brunsbüttels Hauptausschussvorsitzender Wilhelm Malerius will das nicht länger hinnehmen. „Wir halten

Sozialdemokrat.

Gerade erst hatten Politiker aus der Ratsversammlung einen Ortstermin am Fähranleger anberaunt und den beide Bundestagsabgeordneten Karin Thissen (SPD) und Mark Helfrich (CDU) sowie dem Grünen-Landtagsabgeordneten Bernd Voß die aus ihrer Sicht desolante Situation bei den Kanalfähren dargestellt. Der Zustand der 1969 erbauten „Breslau“ und der 1971 erbauten „Berlin“ sei bedenklich. Sie hätten nicht mehr die volle Traglast.

Das wehrt Thomas Fischer, Sprecher des Wasser- und Schifffahrtsamts Brunsbüttel als Gerücht ab. Die beiden großen Fähren seien über die Jahre immer wieder erneuert worden. „Die fahren aber

tont Fischer. Er könne verstehen, dass die Brunsbütteler die Situation ärgert, besonders wenn eine Fähre ausfällt und die Wartezeiten an den Anlegern deutlich länger als gewohnt dauerten.

„Wir halten nicht mehr still!“

Wilhelm Malerius
Hauptausschussvorsitzender

Die Bundestagsabgeordnete Valerie Wilms (Grüne) hat auf eine Anfrage an das Bundesverkehrsministerium erfahren, dass mit dem Einsatz der beiden großen Fähren die Verpflichtung des Bundes erfüllt sei, das Überqueren des Kanals zu ermöglichen. Eine Aussage über eventuelle Neu-

lin“ und die „Breslau“ gab es nicht. Wilms gegenüber unserer Zeitung: „Der Bund muss den Fährbetrieb in Brunsbüttel sicherstellen, und zwar dauerhaft und leistungsfähig.“ Die aktuelle Situation sei für die Brunsbütteler nicht tragfähig. „Die Bundesregierung hat scheinbar kein Konzept, wie sie den Fährverkehr vernünftig organisiert. Wir brauchen eine stabile und leistungsfähige Fährverbindung, auch mit 100-Tonnen Schwerlastfähren“, fordert Wilms.

Wilhelm Malerius kündigt an, den Präsidenten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, Hans-Heinrich Witte, in den Brunsbütteler Hauptausschuss einladen zu wollen, um Antworten zu bekom-